Kath. Jünglinge Bocholts!
Donnerstag abend 8½ Uhr findet im Saale des Bürgerkruges ein
Unterhaltungsabend
statt für die kath. Jünglinge und namentlich die heimgekehrten Krieger im Alter von 18–23 Jahren.
Wichtige Tagung.
Tagesordnung:
1. Ansprache.
2. Gemütl. Unterhaltung.
Die kath. Jugendvereine.

Ich bin wieder unter
Fernsprecher
Nr. 453
angeschlossen.
Dr. Hochheimer.

Kriegsanleihe
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Seminarist
erteilt zurück gebliebenen Volksschülern in den Abendstunden Nachhülfeunterricht und beaufsichtigt evtl. Schularbeiten.
Näheres Geschäftsstelle.

Wer erteilt Knaben
Unterricht
in Rechnen u. Grammatik?
Offerten unter B. 51 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Welcher erfahr. Buchhalter erteilt in den Abendstunden jungen Kaufleuten
Buchführungs-Unterricht?
Schriftl. Offerten unter . 464 an die Geschäftsst.

Ein
Dogcart
er schöne Federkarre (kl. Pony) zu kaufen ges. Näh. Geschäftsst



Fleischverkauf
Mittwoch morgen
diejenigen, die von den nmern 800–1400 und 1200 kein Fleisch erhalten haben.
Donnerst. morgen von Nr. 201–500.
M. Cohen jr.
Niederbruchstraße.

Ein schwres
Schlachtpferd
verkaufen. Wo? zu erfragen bei Jos. Heinrichs, Ahe.

Hündchen,
rehfarben, gelt, hört auf „Bobbie“, 15./1. in Bocholt entlaufen. Wiederbringer gute Belohnung.
Pfarrhaus, Suderwick.

Verloren!
am 19. ds. Mts. auf der ssee in Crommert gen Wwe. Stenert bis Schmiedemstr. Stenert Brieftasche verloren. r Finder wird gebeten, be gegen Belohnung Rhede, Deichstraße 6, r abzugeben.

Montag morgen in ordstr. ein rotbraunes
Portemonnaie
verloren.
ugeben in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Bocholter Volksblatt

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.00, durch Postboten ins Haus gebracht M. 3.42. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92) Rhede, J. G. Hems. Anholt, Wilhelm Wolfsing.

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten pf. Kleinzeile 70 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunfts- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Donnerstag 23. Januar 1919 — Nummer 18

Der Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Berlin, 20. Jan. Der heutige „Reichsanzeiger“ enthält den Entwurf des allgemeinen Teiles der künftigen Reichsverfassung und die Denkschrift zum Verfassungsentwurf.

In der Denkschrift

heißt es zur Auflösung des preußischen Einheitsstaates: „Es ist unmöglich, die Einheitlichkeit der Stützen des Reiches und Preußens wieder herzustellen. Es ist unmöglich, alle die künstlichen Sicherungen jener Hegemonie der Struktur des Bundesstaates wieder herzustellen, ohne in allem Wesentlichen wieder in jenen älteren Zustand zurückzufallen, von dem die Revolution uns befreit hat. Ein Einzelstaat aber, der vier Siebentel des gesamten Reiches umfaßt, ist nur als Hegemoniestaat möglich. Ist die preußische Hegemonie in Deutschland unmöglich geworden, so ist damit auch ein einheitliches Preußen in Deutschland unmöglich geworden. Weder wirtschaftlich, noch kulturell, noch nach Stammeszusammenhängen bildet der preußische Staat ein organisches Ganzes. Weil die bisherige Reichsgestaltung von Preußen bestimmt war, konnte sie nicht den deutschen Volksstaat vollenden. Soll er sich vollenden, so muß ihm der preußische Notbau weichen. Er hatn seinen Beruf erfüllt. Das Verschwinden der preußischen Hegemonie in Deutschland, das ohe Verschwinden des preußischen Eiheitsstaates unmöglich ist, wird vor allem die partikularistischen Spannungen innerhalb Deutschlands entkräften. Für die einzelnen nach Stammesart, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zusammenhängenden Landschaften Preußens ist die unmittelbare Unterstellung unter das Reich in jeder Beziehung förderlicher und besser als ihre Mediatisierung durch den dazwischengeschobenen preußischen Einheitsstaat. Nur durch die Auflösung Preußens können sich die mittel- und norddeutschen Grenzstaaten zu lebensfähigen Gemeinwesen zusammenschließen. Die Ausgleichung zwischen Ost und West, zwischen überwiegend agrarischen und industriellen Gebieten muß künftig die vollkommene deutsche Einheit leisten. Zugleich gefährdet die Aufrechterhaltung des preußischen Gesamtstaates aufs schwerste die Möglichkeit, **Berlin als Reichshauptstadt zu erhalten.** Der aus so vielen Teilen des Reiches und auch aus Preußen ertönende Ruf: Los von Berlin! bedeutet politisch in Wahrheit: Los vom preußischen Einheitsstaat!

Die **Erhaltung der Reichseinheit**, ihre Sicherung und Festigung muß allen anderen Erwägungen vorgehen. Schließlich drängt auch der in Aussicht stehende und unbedingt zu erstrebende Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich nach dem gleichen Ziele. Jener Anschluß vollzieht sich offenbar leichter und organischer, wenn Deutschland sich gliedert in Freistaaten von wenigstens annähernd ähnlicher Größe und Macht.

Die Umgestaltung der territorialen Gliederung des Reiches kann freilich nicht einfach von oben her dekretiert werden, vielmehr muß die **freie Selbstbestimmung der Bevölkerung** nach ihren wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen und Neigungen die Initiative ergreifen, das Reich nur leitend, vermittelnd und schließlich sanktionierend wirken. Ueber die Ausgestaltung der nationalen Gemeinschaft heißt es dann weiter: Alle der nationalen Gemeinschaft als solcher natürlich zufallenden Funktionen muß die Verfassung der Republik im Reiche konzentrieren, schärfer, ausschließlicher und klarer als dies die bisherige Reichsverfassung tat welche durch Rücksichten auf dynastische und obrigkeitliche Empfindlichkeiten sich ganz bewußt bestimmen ließ. Dagegen findet die Autonomie und Selbstverwaltung der engeren Verbände, in die sich das Volksganze gliedert, aufsteigend von den Gemeinden ihre Krönung und vollste Entfaltung in den Einzelstaaten. Nach außen, in allen internationalen Beziehungen kann und darf die deutsche Republik nur als unbedingt geschlossene Einheit erscheinen. Das gleiche gilt von der **Wehrverfassung**, deren künftige Gestaltung im übrigen erst nach dem Friedensschluß bestimmt werden kann, die jedoch in jedem Fall vollkommen einheitlich für das ganze Reich sein muß.

Die Vereinheitlichung des großen Verkehrs wird als dringendste Notwendigkeit der Zeit kaum in Frage gestellt werden können. Der schwere Fehler, der einst durch die Ablehnung des Reichseisenbahnsystems begangen wurde, muß endlich wieder gutgemacht werden. Mit den Eisenbahnen werden auch die großen Binnenwasserstraßen in Reichsverwaltung überzugehen haben. Ferner unterliegt naturgemäß das moderne Verkehrswesen der Kraftfahrzeuge zu Lande und in der Luft der einheitlichen Regelung und Verwaltung durch das Reich. Das gleiche gilt für das Postwesen.

Vor allem wird sich im **Finanzwesen** das Schwergewicht nach der Seite des Reiches verschieben. Die Freistaaten ebenso wie die kommunalen Selbstverwaltungskörpre müssen sich mit ihrem Finanz- und Steuerwesen in das Reichsfinanzsystem einpassen, indem sie einmal vom Reiche nicht beanspruchte Quellen für sich erschließen und sodann auf gewisse Reichssteuern Zuschläge legen können.

Ferner wird die Sozialisierungspolitik, die Einführung großer Monopole eventl. auf dem Wege der Enteignung die Reichstätigkeit bedeutsam ausdehnen, ohne jedoch die ergänzende Tätigkeit der Einzelstaaten auszuschließen.

Baut sich so das Reich der Struktur des Volksstaates entsprechend von unten nach oben auf und ruht infolgedessen mit seiner ganzen inneren Lebenstätigkeit auf dem organischen Unterbau seiner kommunalen und einzelstaatlichen Glieder, so ist ein gewisser normierender Einfluß des Gesamtwillens, also der Reichsgesetzgebung, auf die Organisation der einzelnen Staaten und ihrer Gemeinden unentbehrlich. Aber er soll sich auf das Unentbehrliche beschränken, indem er nur die Homogenität zwischen der Struktur des Reiches und der seiner einzelstaatlichen und seiner kommunalen Glieder sicher stellt.“

Von den Grundrechten der Deutschen.

Der Verfassungsentwurf zerfällt in 4 Teile, der erste Teig behandelt in 17 Paragraphen das Reich und die deutschen Freistaaten, der zweite Abschnitt von § 18 bis 29 handelt von den Grundrechten des deutschen Volkes. Darnach sind alle Vorrechte und rechtlichen Nachteile beseitigt. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, darnach zu fragen. Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, ist aber den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Jegliche Zensur ist aufgehoben. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln oder Vereine zu bilden. Die Koalitionsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden.

Der dritte Abschnitt handelt vom Reichstag. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhause. Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten aus der Mitte der Staatsangehörigkeit nach der Maßgabe des Landrechts gewählt.

Bei der Bildung des Staatenhauses entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner ein Abgeordneter. Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. Bis sich die neuen Freistaaten gebildet haben, wird ein provisorisches Staatenhaus eingerichtet nach Vorschriften, deren Fassung vorbehalten bleibt. Die Wahlperiode dauert für beide Häuser des Reichstages drei Jahre. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein. Der letzte Abschnitt von § 58 bis 73 handelt vom **Reichspräsidenten** und der Reichsregierung.

Seine wesentlichen Bestimmungen wurden vor einigen Tagen bereits mitgeteilt.

Eine bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung gesichert.

Nach nichtamtlichen Meldungen können bis 1 Uhr nachmittags als gewählt gelten 415 Abgeordnete aus 36 Kreisen von insgesamt 421 Abgeordnete (ohne Elsaß-Lothringen mit 12 Sitzen, wo die Franzosen die Wahl verhinderten). Es gehören an:

Zentrum (Christliche Volkspartei)	**76**
Welfen	**4**
(3 in Hannover und 1 in Stade)	
Deutschnationalen	**34**
Deutschen Volkspartei	**22**
Demokraten	**76**
Sozialdemokraten	**162**
Unabhängigen	**34**
Fraktionslosen	**7**

(1 Bauern- und Landarbeiterdemokrat in Schleswig-Holstein, 4 Bayerische Bauernbündler und 2 Vertreter des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes).

Es fehlen noch die Ergebnisse aus dem 27. Wahlkreis (Bayer. Pfalz), woher für das neue Zentrum noch einiger Zuwachs sich ergeben dürfte, sodaß unsere Partei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sein kann. Nach der Stimmenzahl von 1912 ausgerechnet, hätten wir auf ungefähr 66 Mandate zählen dürfen. Nun haben wir mit den Welfen bereits 80. Der Zentrumsgedanke marschiert also und die Umwandlung der Partei hat gute Früchte gezeitigt. Es gilt, in immer neuer Arbeit zu wirken und zu werben, daß uns der Erfolg treu bleibt und sich immer besser auswächst. Die wahre Volkspartei war und ist die christliche Volkspartei. Sie hat in der Vergangenheit für das Volk praktische Arbeit geleistet, es hat ihr Treue gehalten und das Zentrum wird dem deutschen Volke, dessen sind wir gewiß, Treue mit Treue vergelten und auch im neuen Reiche, so Gott will, für das Gesamtwohl Ersprießliches leisten und dazu seine ganze Kraft einsetzen.

Am kommenden Sonntag, dem 26. Januar, gilt es nun, die Lehren der Nationalversammlungswahlen bei den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung zu verwerten. Sorgen wir dafür, daß sich alles, was christlich denkt und fühlt und will, sammele und siege im Namen

Zentrum (Christliche Volkspartei)!

Das wichtigste Ergebnis des Wahlausfalles, soweit es sich bis heute übersehen läßt, ist, daß die Sozialdemokraten ihre Hoffnung, allein eine Mehrheit und damit die Regierung zu bilden, endgültig aufgeben müssen. Auch mit den Unabhängigen zusammen, die übrigens zu diesem Liebesdienst nicht bereit zu sein scheinen, können sie das nicht. Die **bürgerliche Mehrheit** in der Nationalversammlung ist gesichert, wenn nicht die Demokraten sich durch Machthunger verblenden lassen und sich mit den Mehrheitssozialisten zu einer Machtgemeinschaft vereinigen. Das wäre so ein kleiner politischer Selbstmord, aber gewissen Linksdemokraten wäre es schon zuzutrauen. Die besonnenen Elemente, insbesondere auch die süddeutschen Demokraten, würden aber das gewagte Experiment kaum mitmachen, denn sie wissen nur zu gut, daß sie von ihren Wählern nur deshalb ins Parlament geschickt wurden, um **bürgerliche** Politik zu machen. Auch hat die bisherige Regierung, die mehr einer sozialdemokratischen Parteileitung gleicht und als solche gehandelt hat, so ziemlich abgewirtschaftet, sodaß man höchstens davon reden könnte, daß sich die Sozialdemokratie mehr nach rechts durchmausert, und sich ein bürgerliches Mäntelchen umhängt, um regierungsfähig zu bleiben. Was ihre Anhänger dazu sagten, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Der einzige Ausweg wird in der Bildung einer sog. **Koalitionsregierung** zu suchen sein, wie wir sie vor der Revolution auch schon hatten, wobei allerdings der linke Einschlag stärker würde. Es dürfte auch kaum im Interesse der bürgerlichen Parteien liegen, nach dem Muster rein parlamentarisch regierter Staaten die Regierung aus sich selbst zu bilden und die Sozialdemokraten in die Opposition zu drängen. Die Entscheidung wird ja wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Die preußische Regierung gegen den Verfassungsentwurf.

Berlin, 21. Jan. Gegen den veröffentlichten Entwurf der neuen Reichsverfassung sind von preußischer Seite **erhebliche Bedenken** geltend gemacht worden. Der preußische Minister des Innern hat zu Mittwoch Vertreter verschiedener Ressorts zu einer Vorbesprechung eingeladen. Das preußische Staatsministerium in seiner Gesamtheit wird am Freitag dazu Stellung nehmen. Insbesondere richtet sich die Kritik gegen die Bestimmung, daß einzelne Landesteile das Recht erhalten sollen, sich von ihrem Einzelstagte loszulösen und durch Volksabstimmung einen neuen Staat zu bilden. Zu dem Entwurf soll eine Konferenz der Vertreter der einzelnen Staaten Stellung nehmen.

Der erste Schritt zur Vernichtung der deutschen Landwirtschaft.

Zu den neuen verschärften Waffenstillstandsbedingungen erhält der M. Anz. von landwirtschaftlicher Seite folgende Zuschrift:

Manchem deutschen Zeitungsleser mag es ein Zeichen von Entgegenkommen seitens des feindlichen Oberbefehlshabers erscheinen, wenn er uns gnädigst gestattet, anstelle der willkürlich festgesetzten Straflieferung von Lokomotiven und Wagen 400 Dampfpflugsätze und annähernd 60 000 andere wichtige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zu liefern. Und doch ist diese Forderung nicht mehr und nicht weniger als der erste Anfang, nun auch die deutsche Landwirtschaft von Grund auf zu zerstören, nachdem des Reiches Industrie und Welthandel schon so gut wie vernichtet sind und die Landwirtschaft daher das letzte Bollwerk ist, welches das deutsche Volk noch notdürftig vor dem völligen Untergang durch den Hunger schützt. Was z. B. bedeutet die Ablieferung von 400 Dampfpflügen? — Nach der Betriebsstatistik von 1907 besaß die deutsche Landwirtschaft damals 442 Dampfpflugsätze, eine Zahl, die durch den inzwischen eingetretenen Zuwachs und die von gewerblichen Unternehmern betriebenen Apparat sich auf vielleicht 800 erhöht haben mag; es umfaßt also die Fochsche Forderung mindestens die Hälfte des ganzen Bestandes an diesen wichtigen und kostspieligen Maschinen. Ein solch starker Abgang bedingt nun nicht nur eine erhebliche Verschlechterung und Erschwerung der Bestellung der alten Kulturflächen, sondern macht es darüber hinaus auch geradezu unmöglich, durch Urbarmachung großer Oedlandflächen neues Kultur- und Siedlungsland zu schaffen, da hierzu die Gespannpflüge nicht ausreichen. Die ge-

forderte Drillmaschinenzahl ferner stellt etwa 8 Proz. des Bestandes dar, und in ähnlichem Verhältnis sollen auch die übrigen unentbehrlichen Maschinen abgegeben werden. Besonders bedenklich erscheint dabei die Hergabe so vieler Erntemaschinen, da die deutschen Landwirte bei dem großen Arbeitermanger nicht in der Lage sein werden, die kommende Ernte zu bergen, wenn sie Tausende von Mähmaschinen abgeben müssen, deren jede 10 bis 30 Personen (Bindemäher) erspart.

Zieht man nur diese wenigen Punkte aus den neuen Bedingungen in Betracht und berücksichtigt man weiterhin, daß die Stickstoffwerke infolge Kohlen- und Wagenmangels still liegen und die Landwirtschaft nicht mit dem nötigen Dünger für die neue Ernte versorgen können, so kommt klar zum Bewußtsein, welch großer Gefahr wir hinsichtlich der Brotversorgung aus der nächsten Ernte entgegengehen. Und man muß bewundern, mit welcher Folgerichtigkeit unsere Feinde die Mittel und Wege zu finden wissen, mit denen sie das deutsche Volk durch Hunger soweit auf die Knie zwingen können, wie eine fast fünfjährige Absperrung und die jedem Völkerrecht und menschlichen Gefühle hohnsprechende Aufrechterhaltung der Blockade Dank der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft es bisher nicht vermocht hat. Für uns selbst entsteht dabei aber die Frage, wie weit wir denn in der Annahme feindlicher Forderungen noch gehen wollen, die wir schlechterdings nicht erfüllen können, ohne uns selbst umzubringen. Es scheint der Zeitpunkt gekommen, daß das deutsche Volk die Zurückweisung derartiger Bedingungen erwartet und fordert, die zu einer Schraube ohne Ende und bei der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung zu einer Schlinge werden, aus der wir den Kopf nicht mehr heil werden herausziehen können.

Wie wir hören, hat die westfälische Landwirtschaftskammer die Erhebung eines Einspruches gegen die vorstehend besprochenen Forderungen schon eingeleitet.

Scharfe Proteste gegen die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Hamburg, 20. Jan. In der Börse fand heute nachmittag eine von mehr als 5000 Personen besuchte **Protestversammlung** gegen die neuen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages statt, in der Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerikalinie, mitteilte, daß an die zuständigen Stellen im Reiche telegraphische Verwahrung eingelegt worden sei, und die dringende Bitte ausgesprochen wurde, von der Ratifizierung des Abkommens durch die Regierung Abstand zu nehmen, weil das Abkommen nicht nur das Interesse der deutschen Schiffahrt, sondern auch das Interesse des **ganzen deutschen Volkes** für immer gefährde. Durch die Vereinbarung werde der Reederei jedes Beginnen auf Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens unmöglich gemacht, die **deutsche Flagge vom Meere verbannt** und die deutsche Besatzung nur durch die Gnade der Feinde zugelassen. Herr Richard O. Krosmann schloß sich im Namen der Handelskammer dem Protest an. Paul Müller, der Führer der deutschen Seeleute, bezeichnete das Abkommen, daß die deutschen Schiffe der Entente ausgeliefert werden, als einen Gewaltakt, gegen den er im Namen der gesamten deutschen Schiffahrt Protest einlege. Auch als Sozialist erhebe er seinen Protest, weil in diesem Punkte die kapitalistischen Interessen und die proletarischen Interessen übereinstimmen. Er richtete seinen Protest auch an die deutsche sozialistische Regierung, um diese moralisch zu verpflichten, **unter keinen Umständen den Vertrag zu ratifizieren.** Im Interesse unserer Zukunft müßten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Seeschiffahrt einmütig dem Protest anschließen. (Tosender Beifall.) Neben dem Protest des Vereins Hamburger Reeder sind auch von jeder einzelnen deutschen Schiffahrtsgesellschaft an das Reichswirtschaftsamt, das auswärtige Amt und an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin telegraphisch Protestkundgebungen abgegangen.

Diktator Foch.

Paris, 19. Jan. Marschall Foch zeigte einem Berichterstatter des „Matin" in Trier auf die Frage, wegen der Waffenstillstandsverhandlungen und der zögernden Ablieferung des Materials durch die Deutschen die ihm von den deutschen Bevollmächtigten übergebenen Schriftstücke und sagte: Sie überschwemmen uns mit Papier. Wir nehmen einen Teil davon und lassen noch mehr bei Seite. Wenn sie um Erbarmen schreien und nach Verpflegung rufen, glaube ich nicht, daß sie übertreiben. Als der Berichterstatter demgegenüber für die letzten zwei Monate in den Rheinprovinzen ein nicht zu schweres Dasein feststellen zu können glaubte, antwortete der Marschall: Ja, Sie, weil Sie in den größten Hotels absteigen, die Sie zu riesigen Preisen durch den Schleichhandel versorgen, doch die Bevölkerung in Preußen und Oesterreich ist bisher in einem an Hungersnot grenzenden Zustande. Der Marschall wies auf Deutschlands zerrüttete und aufgelöste Armee hin. Nun haben wir gute Bürgschaften. Der Rhein bilde eines der denkbar besten Hindernisse. Wir besitzen außerdem alle wünschenswerten Ausfallpforten gegen Deutschland. Der Marschall glaubt nicht an ein Eindringen des Bolschewismus, der Deutschland jeder Regierung berauben würde. Obwohl er zugibt, nicht mehr zu wissen, als die Presse meint er, daß Deutschland sich erhole, und dieser Gaswolke entgehen werde. Er kümmert sich nicht darum, ob die Regierung Ebert feststehe. Er kennt nur die deutschen Bevollmächtigten und seine bewunderungswürdigen französischen Soldaten, wenn die Deutschen den Waffenstillstand abbrechen. Deshalb, meinte er, führen sie die Bedingungen so gute wie möglich aus. Sie sind mit Eisenbahnwagen und Lokomotiven im Rückstande, doch haben sie in dieser Hinsicht mit ernstlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir werden bis nach den Friedenspräliminarien im Kriegszustande sein.

Das Programm der Nationalversammlung.

Berlin, 21. Jan. Ueber die Arbeiten der deutschen Nationalversammlung hat man sich in Regierungskreisen, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, etwa folgendes Bild gemacht: Zuerst muß die **Regierungsfrage** erledigt werden, dann muß die **Vorprüfung der Verfassung beginnen.** Der Verfassungsentwurf, wie er jetzt vorliegt, wird nicht als Arbeit der Regierung eingebracht werden, sondern soll als Vorschlag des Reichsamtes des Innern der Nationalversammlung vorgelegt werden. Wenn der Entwurf der Verfassung festgestellt ist, wird der erste Abschnitt in der Tätigkeit der Nationalversammlung erledigt sein. Was dann werden soll, wird von den Zeitumständen abhängen. Die Regierung vermutet, daß die **Friedensverhandlungen** — die zu einem Hauptpunkte des Arbeitsprogramms der Nationalversammlung gehören, noch nicht im Februar oder März spruchreif werden können. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung, wenn sie den Verfassungsentwurf erledigt hat, sofort die Besprechung der Friedensfrage werde beginnen können. Die Steuer- und Finanzfragen werden **als Notgesetz** erledigt werden müssen. Die Regierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Versammlung zustande zu bringen, und wenn sie diese Aufgabe erfüllt hat, wird sie dem Volke ihr Amt zur Verfügung stellen. Die Nationalversammlung wird dann über die Zusammensetzung der **neuen Regierung** zu beraten haben. Dieses ist der zweite wichtige Punkt des Programms, das der deutschen Nationalversammlung gesetzt wird.

Die Vorbereitungen zur Weimarer Nationalversammlung.

Berlin, 21. Jan. Die Beratungen der Regierung über Ort und Zeit der Nationalversammlung sind gestern spät abends zum Abschluß gekommen. Wie wir bereits mitteilten, hat die Strömung gegen Berlin gesiegt. Es ist endgültig beschlossen worden, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen. Der Zusammentritt der Versammlung wird dort am 6. Februar erfolgen. Als Versammlungsraum ist das **Weimarer Hoftheater** bestimmt. Maßgebend für den Beschluß der Regierung waren, wie wir hören, verschiedene politische Gründe, in erster Linie die sehr bestimmt geäußerten Wünsche der süddeutschen Regierungen, die Nationalversammlung außerhalb Berlins tagen zu lassen. Es wurde dabei geltend gemacht, daß die Nationalversammlung von dauernder Permanenz sei. Weimar habe für den deutschen Geist aller Stämme eine symbolische und einigende Bedeutung. Es wurde schließlich daran erinnert, daß auch 1848 die Nationalversammlung nicht nach Berlin, sondern nach der historisch alten Stätte, nach der Paulskirche in Frankfurt am Main, berufen worden war. Die Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß ihr nichts ferner liegt, als etwa eine Fortverlegung der Reichsregierung von Berlin einzuleiten. Sitz der deutschen Zentralregierung ist Berlin und wird es für alle Zeiten bleiben. Die Hauptarbeiten der Nationalversammlung werden sich in Kommissionen abspielen, denen meistens wohl nur immer ein Regierungsmitglied beiwohnen wird. So wird es zu einer dauernden Abwesenheit der Mehrzahl der Regierungsmänner von Berlin überhaupt nicht kommen, und der **ununterbrochene Gang der Berliner Geschäftsführung ist völlig gesichert.** Für die technische Durchführung der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar und für ihre feste Verbindung mit Berlin wird jetzt schon Vorsorge getroffen. Schon jetzt werden die Telegraphen- und Telephonverbindungen zwischen Berlin und Weimar so vermehrt, daß sie allen Anforderungen genügen sollen. Die Postanstalten in Weimar werden vergrößert. Für die Unterbringung von 2000—3000 Personen, die die Nationalversammlung nach Weimar führen wird, wird von amtswegen gesorgt werden. Endlich werden die Zugverbindungen mit Weimar außerordentlich vermehrt. Das gilt auch für den Pressedienst und die Pressevertreter, denen von Regierungsseite jegliche Erleichterung ihrer Arbeit und ihr bequemes Unterkommen zugesichert wird. Reichstagsdirektor Jungheim hat bereits heute eine Konferenz mit den Pressevertretern über die Organisation des Pressedienstes von und ach Weimar abgehalten.

Die preußische Konstituante wird natürlich in Berlin tagen.

Die Neuordnung im Reich.

Sozialisierung auch im mitteldeutschen Berg- und Kalibau.

Berlin, 21. Jan. Der Arbeiterrat für den Regierungsbezirk Merseburg teilt mit, daß er sämtliche Bergbaubetriebe für Kohlen, Kali und Kupfer bei Halle, Mansfeld, Weißenfeld und Zeitz zur schleunigen Sozialisierung unter seine Aufsicht genommen habe, ebenso das Hallesche Oberbergamt.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau.

TU. Berlin, 22. Jan. An der gestrigen **Kabinettssitzung** haben sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere höhere Reichsbeamte, die oberste Heeresleitung, vertreten durch General Gröner, und die Reichsbank, vertreten durch Herrn von Glasenapp, teilgenommen. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen, die zur Kompetenz des Demobilmachungsamtes gehören, die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Kohlenversorgung und der Arbeitslosigkeit. Einstimmig wurde der jetzige Zustand **als unmöglich** bezeichnet und eine **radikale Aenderung** als Vorbedingung der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands bezeichnet. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in den nächsten Tagen nach den Geboten der Notwendigkeit handeln wird.

Berlin teilweise ohne Licht.

WTB. Berlin, 21. Jan. Die Arbeiter der Berliner **Elektrizitätswerke sind in den Ausstand** getreten. Infolgedessen ist die große Berliner Straßenbahn genötigt, ihren Betrieb einzustellen. Eine größere Anzahl von Wagen blieb auf der Strecke stehen. Es ist zu befürchten, daß Berlin heute teilweise ohne elektrisches Licht sein wird. Der „Abend" meldet: Der Berliner Norden, die Linden, ein großer Teil des Westens und der Friedrichstadt sind heute nachmittag ohne elektrischen Strom. Im Oranienburger Viertel haben die Arbeiter, die mehr Lohn fordern, sämtliche elektrischen Kabel durchschnitten, sodaß die ganze Gegend ohne Licht ist. Das „Achtuhrabendblatt" ist wegen des Streiks nicht erschienen.

TU. Berlin, 22. Jan. Nach der „Vossischen Zeitung" besteht die Aussicht, daß die **Verhandlungen** zwischen den Arbeitern und der Leitung der städtischen Elektrizitätswerke vor dem Berliner Einigungsamt noch heute zur **Beendigung des Streikes** führen werden. Man hofft, daß der Straßenbahnverkehr in den späten Abendstunden wieder wird aufgenommen werden können.

Hindenburg für den Schutz der Ostmark.

Vorbereitende Maßnahmen der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 21. Jan. Der Danziger Magistrat hat folgendes Schreiben Hindenburgs erhalten:

Für das Schreiben vom 7. Januar spreche ich dem Magistrat meinen besten Dank aus. Das Wohl und Wehe der deutschen Ostmark, im besonderen der Stadt Danzig, liegt mir sehr am Herzen. Ich bestätige Ihnen gern, daß von mir aus alles geschehen soll, um zu verhindern, daß die Stadt vom deutschen Reiche losgelöst wird. Mir ist auch nichts davon bekannt, daß sich etwa unsere Feinde schon über das Schicksal Danzigs zu Ungunsten unseres Vaterlandes festgelegt hätten. Möge die deutsche Bürgerschaft Danzigs versichert sein, daß von Seiten der Obersten Heeresleitung schon seit langem Maßnahmen vorbereitet werden, die für den Schutz der bedrohten Provinz erforderlich sind. Voraussetzung für den Erfolg ist der feste Wille aller Deutschen, alles daran zu setzen und zu jedem Opfer bereit zu sein.

Die Anarchie in Posen.

Berlin, 21. Jan. Die wirtschaftliche Lage in Posen ist heute so, daß der Verkehr überhaupt aufgehört hat. Die elektrischen Straßenbahnen fahren seit Wochen überhaupt nicht mehr. Der Bahnhof von Posen, der sonst einer der Hauptverkehrsorte des Ostens war, liegt völlig verödet da. Der Gasdruck in den Beleuchtungsanlagen der Stadt ist so gering, daß das Licht von selbst erlischt.

Eine empörende Schandtat der Polen.

Berlin, 21. Jan. Ueber die empörende **Erschießung von deutschen Geiseln in Posen** erfahren wir an zuständiger Stelle folgendes: Die deutschen Geiseln sind verhaftet, ins Gefängnis geworfen und dort schmählich behandelt worden. Ohne daß ein stichhaltiger Grund vorlag, hat die polnische Wache die Geiseln kurzer Hand erschossen. Darauf hat man den Leichen die Schädel eingeschlagen und einige geschändet. Die Polen, denen der Vorfall sehr peinlich war, haben darauf erklärt, die Geiseln hätten den Versuch gemacht, einen Aufruhr (?) zustande zu bringen. Daran ist natürlich kein wahres Wort, schon allein darum nicht, weil die deutschen Herren ganz ohne Waffen waren. Es handelt sich also in dem Fall der sieben deutschen Geiseln um eine empörende Schandtat der Polen, die nicht zu rechtfertigen ist.

Amsterdam, 21. Jan. Die sich in Polen aufhaltende **englisch-amerikanische Marinekommission** war nach der deutsch-polnischen Grenze aufgebrochen, um das Zurückgehen der deutschen Truppen vor den polnischen Truppen auf Grund des Waffenstillstandes zu regeln. Da aber die Kommission auf den unerschütterlichen Widerstand des deutschen Oberbefehlshabers stieß, der sie an die deutsche Regierung verwies, ging sie zurück und berichtete darüber an die verbündeten Regierungen.

Die Gewaltherrschaft der Räte-Regierung.

Helsingfors, 21. Jan. Ueber das **ganze Räte-Rußland ist der Belagerungszustand** verhängt worden. Moskau und Petersburg werden durch **Fortifikationsarbeiten** beschäftigt. Dafür werden Pionieroffiziere verwandt, die zu dieser Arbeit gewaltsam gezwungen werden unter Androhung, daß im Weigerungsfalle oder bei lässiger Arbeit ihre Familien, die als Geiseln einbehalten sind, erschossen werden.

Die Säuberung Estlands von den Bolschewisten.

Helsingfors, 21. Jan. Aus Reval wird gemeldet: Gestern abend wurde Narva von den finnischen Freiwilligen und estnischen Regimentern erobert. In ihre Hände fielen 500 Gefangene, große Kriegsbeute, 1 Panzerzug, Regiments- und Divisionsstäbe. **Trotzki**, der die Verteidigung Narvas persönlich leitete, ist geflüchtet.

Somit ist dank den tapferen, entschlossenen finnischen Freiwilligen **ganz Estland von den Bolschewisten gereinigt**, deren Herrschaft im Lande 44 Tage gedauert hat. Der erste Einfall begann am 24. November. Die estnischen Truppen waren unter dem Druck der Bolschewisten gezwungen, 170 Kilometer zurückzugehen. Die Offensive begann mit Hilfe der finnischen Freiwilligen am 6. Januar. Das Land ist durch die Bolschewisten entsetzlich verwüstet worden. Rittergüter sind ausgeplündert und verbrannt. Vielfach sind enerome Kunstschätze, wertvolle Sammlungen und Bibliotheken vernichtet.

Die Entente und die russische Frage.

Bern, 21. Jan. Die Entente-Staatsmänner besprachen Montag laut amtlicher Mitteilung die russische Frage.

Amsterdam, 21. Jan. Reuter meldet aus Paris: Noulens, der Berichterstatter über die russischen Verhältnisse, forderte in der gestrigen Konferenz nachdrücklich eine **Intervention in Rußland**, um der Anarchie und dem Bolschewismus ein Ende zu machen.

Das große Sterben in Moskau.

TU. Aus dem Haag, 22 Jan. Die Times meldet aus Warschau: Flüchtlinge aus Moskau berichten, daß die Hälfte der Bevölkerung zugrunde gegangen ist. In der während des Abends herrschenden Finsternis stürzt man auf den Straßen über die zahllosen herumliegenden Tierkadaver und Menschenleichen, unter denen sich aber auch noch lebende Menschen befinden. Diese sind auf den Straßen verhungert oder krank zusammen gebrochen. Die Kinder sterben vor Hunger wie die Fliegen. Viele erblinden infolge von Hungerausschlag. Die Kirchen werden geschlossen, die Geistlichen wirft man meistens ins Gefängnis, weil sie gegen Trotzki predigten. Die Leichen werden einfach ohne geistlichen Beistand in die Gruben geworfen. Als Henker dienen Chinesen oder Letten. Sie haben täglich Hinrichtungen in großer Zahl zu besorgen.

Eine monarchistische Verschwörung in Portugal.

Amsterdam, 21. Jan. Reuter meldet aus London: Nach Telegrammen aus Lissabon hat eine Bewegung unter Führung von de Conccira den früheren König Don Manuel zum König ausgerufen. Letzterer sandte ein Telegramm, wonach er die monarchische Bewegung veuleugnet.

Westfalen

Euch ruft das Vaterland!

Der Kampf ist nicht beendet. Es gilt jetzt mehr als je auf der Wacht zu sein gegen die Sozialdemokratie, die Verzweiflung und Schrecken über das ganze Land bringt. Mit brutaler Gewalt hindert die Sozialdemokratie die Zechenbelegschaften, Kohlen zu fördern. Kohlenmangel und die dadurch immer mehr zunehmende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs — der schon durch die Ablieferung der Wagen und Lokomotiven an den Feind (auch die direkte Schuld der Sozialdemokraten durch den Putsch vom 9. November) so behindert wird — zwingt die industriellen Werke zum stilliegen. Zehntausende von Arbeitswilligen und deren Familien sind ohne Verdienst. Viele Städte, und auch Bocholt haben die Leiden der Gasnot durchzukosten.

Die Transportschwierigkeiten machen die Heranführung der notwendigsten Lebensmittel unmöglich. Die vom Feinde verlangte Ablieferung der Hälfte aller landwirtschaftlichen Maschinen stellt die Bestellung der Ernte in Frage. Das Schreckensgespenst der Hungersnot wird durch das zügellose Schalten und Walten der Sozialdemokratie immer näher gerückt.

Die Preußische Landesversammlung am 26. Januar 1919 bringt die Entscheidung. Darum gilt es jetzt in Reihe und Glied auf der Wache zu bleiben und nicht nur alle die, die am Sonntag gewählt haben, sondern auch diejenigen, die gefehlt haben, bis auf den letzten Mann und der letzten Frau heranzuholen. Der Schlachtruf des christlichen Volkes lautet:

Wählt Zentrum (christl. Volkspartei)

Adam Stegerwald, Köln.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 23. Januar 1919.

:: **In unserm Wahlkreis 17,** die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe waren zu wählen 13 Abgeordnete. Davon entfallen auf die Christliche Volkspartei (Zentrum) 6 Abgeordnete: 1. Mathias Schiffer, Gewerkschaftssekretär-Düsseldorf; 2. Karl Herold, Landesökonomierat, Haus Loevelincloe bei Münster; 3. Dr. Josef Mausbach, Domprobst, Universitätsprofessor; 4. Wilhelm Frerker, Bäckermeister in Rheine; 5. Franz Kreutz, Oberpostschaffner, Essen-Ruhr. Die Angahl der abgegebenen Stimmen beträgt 405 871. Auf die Mehrheitssozialisten entfallen 4 Mandate: 1. Karl Severing, Redakteur-Bielefeld; 2. Alfred Jansheck, Arbeitersekretär Eren; 3. Karl Schreck, Parteisekretär-Bielefeld; Wilhelm Schlüter, Bauleiter-Herford. Abgegeben wurden 290 831 Stimmen. Deutsche Demokratische Partei: 1 Abgeordneter. Dr. Neumann-Hofer, Professor-Detmold. Abgegeben sind 94 186 Stimmen. Deutsch-Nationale Volkspartei: 1 Abgeordneter. Wilh. Wallbaum, Schriftleiter-Berlin-Friedenau. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 81 389. Deutsche Volkspartei: 1 Abgeordneter. Dr. Otto Hugo, Generalsekretär-Berlin-Schöneberg. Abgegeben sind 62 799 Stimmen.

r. **Besitzwechsel.** Das Haus Königstraße 24 ging durch Kauf zum Preise von 18 000 ℳ in den Besitz des Herrn Schneidermeisters Wilhelm Rotering über. Unsere Notiz betreffend Hausverkauf an der Nordallee bedarf insofern einer Berichtigung, als nicht Herr Joh. Feldhaus, sondern Herr Hermann F. das Haus käuflich erworben hat.

r. **Unglücksfall.** Der bei der gestrigen Explosion schwer verbrannte 16jährige Lehrling J. Nienhaus ist noch am selben Abend gegen ½12 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß ein anderer Lehrling mit offener Karbidlampe beim Abfüllen leuchtete.

a. **Arbeitgeber und Arbeitsnachweis.** Es wird erneut darauf hingewiesen, daß es strenge Pflicht der Arbeitgeber ist, die Verordnungen des Demobilmachungsamtes vom 27. November 1918 und vom 4. Januar 1919 zu befolgen. Nach der ersteren sind sie gehalten, ihren Bedarf an Arbeitskräften umgehend bei einem nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweis anzumelden. Die zweite Verordnung verbindet jeden Arbeitgeber, der Arbeiter entläßt, sofort dem zuständigen Arbeitsnachweis die Anzahl zu nennen. Eine Nichtbefolgung dieser Vorschriften macht es nach Lage der Dinge unmöglich, amtlich einen zuverlässigen Ueberblick über die offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt zu gewinnen und einen entsprechenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen. Es kommt hinzu, daß ein Außerachtlassen genannter Verordnungen eine ordnungsmäßige Erwerbslosen-Fürsorge unmöglich macht und damit die von der Allgemeinheit zu tragenden Kosten steigen.

a. **Steuern zahlen!** Unsere Leser machen wir darauf aufmerksam, daß das 4. Sechstel der Besitzsteuer bis zum 10. Januar zu zahlen war. Auch die Kriegsabgabe 1918 mußte innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides entweder in bar oder durch Hergabe von Kriegsanleihen gezahlt werden. Wer dieser Verpflichtung noch nicht nachgekommen ist, beeile sich, damit ihm nicht Unkosten entstehen.

a. **Rentenzahlung.** Die Auszahlung der am 1. Februar 1919 fälligen Militärpensionen und Renten erfolgt beim hiesigen Postamt am 29. Januar Zahlstelle, Oiterstr 11—Oteingang —

:: **Die Westdeutsche Arbeiterzeitung** macht den Vereinsleitungen folgende Mitteilung: „Unseren Vereinsmitgliedern konnten die Nummern 46, 47, 49, 50, 51 und 52 des Verbandsorgans nicht gesandt werden. Die Besetzung der linken Rheinseite und die daraus folgenden Verkehrshemmungen machten eine Versendung unmöglich, trotzdem mehrmals die Zeitungen gedruckt bereit lagen. Während andere Zeitungen für nicht verabfolgte Nummern nichts vergüten, haben wir uns dennoch entschlossen, für das 4. Quartal 1918 in Anbetracht der fehlenden Nummern den Preis auf 30 Pfg. das Stück herabzusetzen. Vom 1. Januar 1919 an müssen wir den Vierteljahrpreis auf 50 Pfg. setzen, weil sonst die Kosten für Verbandsleitung und Arbeitersekretariate nicht mehr aufgebracht werden können." Die Vertrauensleute und Agenten der West. Arb. Ztg. im Arbeiterverein St. Paulus werden ersucht von obenstehender Mitteilung gütigst Kenntnis zu nehmen und nunmehr für das 4. Quartal 1918 bei den Mitgliedern 30 Pfg. aufzuholen.

r. **Rhede,** 22. Jan. **Notstandsarbeiten.** Neben verschiedenen kleinen Arbeiten wird augenblicklich zur Linderung der Arbeitslosigkeit der Rheder Bach vom Bahndamm bis zur Bahnhofstraße in gerader Linie verlegt. Hierdurch werden an der Bahnhofstraße wertvolle Bauplätze gewonnen. Die wöchentliche Beschäftigung ist etwa 15—20 Mann.

„ **Dingden,** 22. Jan. Zu dem Unglück auf der Dingden-Ringenberger-Grenze erhalten wir folgende Zuschrift: Am vergangenen Sonntag gegen 9¼ Uhr vormittags wurde die genannte Familie von einem Hamsterer besucht, der die Herausgabe von Butter und Speck verlangte. Da ihm aber dasselbe nicht gewährt wurde, verließ derselbe ohne weiteres das Zimmer. Nachdem nun bereits 5 Minuten verstrichen waren, begab sich der 9½jährige Sohn außerhalb der Wohnung und sah den Hamsterer in etwa 40 Meter Entfernung noch vor dem Hause stehen. Als dieser das Heraustreten des Kindes bemerkte, drehte er sich um und feuerte in frivoler Weise auf das unschuldige Kind, das sofort darauf zusammenbrach. Die vollständige Zerschmetterung des Oberschenkels, die den baldigen Tod des traurigen Opfers herbeiführte, läßt sich nur dadurch erklären, daß der brutale Kindermörder sich eines Explosivgeschosses bedient hat. Leider gelang es dem Ruchlosen in einem nahe gelegenen Wald zu entkommen. — Tief erschüttert stehen nun Eltern und Geschwister an der Bahre ihres blühenden Kindes und anhänglichen Bruders, der so furchtbar tragisch aus diesem Leben scheiden mußte. Die Tat selbst aber erkennt man als ein Zeichen der Zeit.

Neueste Telegramme.

WTB, Berlin, 22. Jan. Die preußische Regierung hat an den obersten polnischen Volksrat ein Telegramm gerichtet, in dem der Vorwurf unmenschlicher Behandlung seitens unserer Organe als unbewiesen zurückgewiesen wird und auf Grund zuverlässigen Tatsachenmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage erhoben wird nicht nur unmenschlicher Behandlung zahlreicher widerrechtlich Verschleppter, sondern sogar mehrfach grausamster Mordtat. Schließlich wird ein Verzeichnis der von polnischer Seite festgesetzten Geiseln gefordert. In Zukunft sollen keine Geiseln mehr festgesetzt werden.

WTB. Posen, 22. Jan. Durch eine Verfügung des obersten polnischen Volksrates werden sämtliche den Jahrgängen 1897—98—99 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militärdienst zu stellen.

WTB. Bromberg, 21. Jan. Das Infanterie-Regiment Nr. 14 nahm gestern nachmittag den Bahnhof Netzwalde, Zamoz und Thure. Angriffe polnischer Banden am 20. Januar abends gegen Hopfegarten hatten Anfangserfolge. Ein Panzerzug vertrieb nachts die Polen aus Hopfegarten, erbeutete 3 Maschinengewehre und machte 9 Gefangene.

TU. Genf, 21. Jan. Der Progres de Lyon" meldet, daß ein offizielles Auslieferungsbegehren des Exkaisers seitens der Alliierten an Holland unmittelbar bevorstehe.

Nach Schluß der Redaktion von WTB. eingetroffen.

Endresultat aus den Wahlen zur Nationalversammlung

nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten:

Zentrum (christliche Volkspartei)	**88**
Welfen	**4**
Deutsche Volkspartei	**23**
DeutscheDe Demokratische Partei	**77**
Deutschnationale	**34**
Sozialdemokraten	**164**
Unabhängige	**24**
Fraktionslose	**7**

Eingesandt.

Fuhrwerkswage der Transportgesellschaft.

Die öffentliche Fuhrwerkswage unterliegt der Eichung, falls diese in der bestimmten Zeit nicht vorgenommen, oder die Wage bei der Eichung unzuverlässig befunden wird, erfolgt die Schließung.

Die Fuhrwerkswage an der Kreuzstraße wiegt scharf von 1 bis 10 000 Klg., wovon sich Interessenten jederzeit überzeugen können. Weitere Feststellungen zu den Mussumer Auslassungen erübrigen sich.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hoba, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 25 der Wehrordnung vom 22. Juli 1901 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß alle Militärpflichtigen, welche sich im hiesigen Verwaltungsbezirke aufhalten, sich in der Zeit vom

15. Januar bis 1. Februar dieses Jahres

während der Bürostunden in der Amtsstube des Unterzeichneten behufs Eintragung ihrer Namen in die Stammrolle zu melden haben. Hierhin gehören:

a) Militärpflichtige Personen welche im Jahre 1899 im hiesigen Bezirke geboren sind;
b) Militärpflichtige Personen, welche im Jahre 1899 in anderen Bezirken geboren sind, hier aber ihren Aufenthalt haben;
c) Militärpflichtige, welche noch keine endgültige Entscheidung über ihre Dienstverpflichtung durch die Ersatzbehörden erhalten haben.

Die unter b gedachten Personen müssen bei der Anmeldung ein von dem Standesamte des Geburtsortes ausgestelltes Geburtszeugnis vorlegen.

Bei Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle ist der im ersten Militärpflichtjahre erhaltene Losungsschein vorzulegen. Außerdem sind etwa eingetretene Veränderungen in betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Standes usw. dabei anzuzeigen.

Sind die Militärpflichtigen von dem Orte ihres dauernden Aufenthaltes zeitig abwesend, so haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie innerhalb des obengenannten Zeitraumes zur Stammrolle anzumelden.

Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Ist diese Versäumnis durch Umstände herbeigeführt, deren Beseitigung nicht in dem Willen des Meldepflichtigen lag, so tritt keine Strafe ein. Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärpflichtigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von der Ersatzbehörde ausdrücklich hiervon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt werden.

Jeder Militärpflichtige ist ebenso wie seine Angehörigen, berechtigt, Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung zu stellen. Es muß dies jedoch rechtzeitig vor der Musterung, also der im Frühjahr stattfindenden ersten Vorstellung bei dem zuständigen Amtmann oder in Städten beim Bürgermeister geschehen. Ausnahmsweise kann ein Antrag auch noch im Musterungstermine selbst gestellt werden.

Nach dem Musterungstermine eingehende Anträge werden unbedingt abgewiesen und nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu dem Antrage, z. B. der Tod des Vaters, erst nach dem Musterungstermine eingetreten ist. Das Gesuch ist alsdann sofort an den Amtmann oder in Städten an den Bürgermeister zu richten und kann auch nur ausnahmsweise noch im Aushebungstermine, also der zweiten im Sommer stattfindenden Vorstellung angebracht werden.

Ist ein Militärpflichtiger im Aushebungstermine ausgehoben und zur Einstellung in einen Truppenteil gelangt, so ist ein Gesuch um Zurückstellung oder Befreiung in der Regel ausgeschlossen und nur in dem Falle noch gestattet, wenn die Veranlassung dazu nach dem Aushebungstermin eingetreten ist. War die Veranlassung bereits vor dem Aushebungstermine vorhanden, so ist das Gesuch ohne jede Aussicht auf Erfolg.

Bocholt, den 8. Januar 1919.

Der Amtmann: Loinck.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in **sämtlichen Gemeinden des Kreises,** ausgenommen in den Städten Anholt, Bocholt und Borken, aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in der Zeit vom 1 August bis 31. Dezember 1918 bis spätestens 15. Februar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze 5. v. T. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M. nach sich. Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich untrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis 10000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar. Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Diese werden durch die Aemter zugestellt werden. Sie können auch bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Borken, den 18. Januar 1919

Umsatzsteueramt des Kreises Borken.
Graf von Spee.

Ein Paar neue
Militärstiefel
zu verkaufen.
Langenbergstr. 24.

1 Herren- und Damenfahrrad
mit Gummibereifung zu verkaufen.
Mussumer Krug.

3,20 Meter langer
Gummischlauch
(Friedensware) mit Springvorrichtung und Anschluß für Wasserleitung **zu verkaufen.**
Osterstraße 36.

2 Herren von auswärts suchen
gut möbl. Zimmer.
Off. unter **B 53** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Fleißige, saubere
Frau
wird sofort gesucht für dauernd täglich von 7—12 und von 2—6 Uhr.
Näheres Geschäftsstelle.

Einfaches, kath., älteres
Fräulein
sucht Stelle in ruh. Haushalt. Dasselbe ist in Küche und Haushalt erfahren u. sieht mehr auf gute Behandlung als auf hohen Lohn. Näh. **Hospiz,** Ostermarkt.

Zuverlässiges, im Umgang mit Kindern erfahrenes
Fräulein,
das Kenntnisse im Nähen hat, zu 2 Kindern gesucht.
Angebote unter **C. 500** an die Geschäftsstelle.

Suche für sofort oder zu Ostern einen kräftigen
Stellmacher-Lehrling,
am liebsten vom Lande.
Wwe. Heinr. Moschüring,
Wertherbruch,
Isselteil.

Für einen 15jährigen **Knaben** wird **Stelle als**
Schlosser- oder Schmiedelehrling
gesucht.
Städt. Fürsorgestelle für die Kriegshinterbliebenen in Bocholt.

Junger Landwirt,
vom Militär entlassen, in allen landwirtschaftlichen Arbeiten durchaus erfahren, sucht Stellung als erster
Knecht oder Verwalter
auf einem mittleren Gute, am liebsten im Kirchspiel Rhede. Es wollen sich nur Kriegerwitwen oder dergl. melden. Es wird mehr auf gute Behandlung als auf Lohn gesehen.
Wo? zu erfragen in Geschäftsstelle.

Wo findet junger Mann
Kost und Logis?
Offerten mit Preisangabe unter **B. 327** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Klavier,
auch alt und unrepariert, zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preis an
J. Rindlisbacher,
Bocholt, Hermannstr. 6.

Gelernte
Schneiderin
sucht passende Stellung.
Offerten unter **B 333** an die Geschäftsstelle.

Eine Näherin
sucht Kundschaft in u. außer dem Hause.
Wo? zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Sohn achtbarer Eltern vom Lande, 15½ Jahre alt u. kräftig, wünscht bei einem kath., tüchtigen Meister das
Sattlerhandwerk
zu erlernen. Eintritt kann sofort erfolgen.
Gefl. Angebote u. **B 312** an die Geschäftsstelle.

Friseurlehrling
gesucht.
Sohn ordentlicher Eltern, welcher Lust hat, das Friseurgeschäft zu erlernen, findet zu Ostern Stelle.
Näheres Geschäftsstelle.

Für einen Sohn ordentl. Eltern, der Ostern aus der Schule entlassen wird, wird
Stelle
zur Erlernung des Schlosserhandwerks gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

2 ordentliche Kostmädchen
gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Eine bessere
Wohnung
von ruhiger Familie (3 Personen) zu April oder später zu mieten gesucht.
Offerten unter **B. 326** an die Geschäftsstelle.

Eine bessere
Arbeiterwohnung
möglichst am Ostor- oder Nordtor zu kaufen oder zu mieten gesucht.
Off. unter **B. 52** an die Geschäftsstelle.

Ladenlokal
mit oder ohne Wohnung zum 15. April oder später zu vermieten.
Konditorei Lindenberg,
Ravardistr. 24.

Eine Beamtenfamilie mit einem Kinde sucht eine
3—4 Zimmer-Wohnung.
Angebote unter **B. 50** an die Geschäftsstelle d. Bl.

2 unmöblierte
Zimmer
(mit Gasteilung)
zu vermieten.
Näheres Geschäftsstelle.

Maschinenöl
für landwirtsch. Maschinen
Wagenfett
empfiehlt
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22, Fernr 113.

Wer spult im Februar u. März etwa 6000 Pfd.
der Trosselcops zu Pincops (Schußcops)?
Angebote unter Angabe des Preises erbeten unter **C 531** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu verkaufen:
Ein Paar neue **Herren-Schnürschuhe Nr. 45,** ein gut erhaltenes **Fahrrad mit Gummireifen** und eine gute
Schälergeige.
Dingperloerstr. 77.

Damenfahrrad
mit Gummibereifung preiswert zu verkaufen.
Schwabenstr. 48.

Ein gut erhaltener
Gehrock
(Mittelgröße) preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle

Auf zum
Riesenbazar
Spiegel, groß 0,65
Klappmausefallen 0,45
Frisier-Kämme, groß 1,75
Hahnbürsten 0,25
Auftragbürsten 0,45
Kartenspiele 1,45
Taschenspiegel 0,65
Teeservice, mtlg., Porz 3,50
Weihwasserkessel 0,20
Kleiderbügel 0,20
Wäscheklammern, Dtz. 0,40
Nachbecher, Porz. 0,35
Likörgläser 0,35
Tassen, weiß, groß 0,45
Putzkasten 2,00
Sm. Kinderteller 1,25
Blumenvasen, bunt 0,95
Glühstrümpfe 0,95
Holzschneidebretter 0,95
Fürstentaschen, Holz 1,95
Klosettpapier-Halter 1,25
Dessertteller 0,35
Riesen-Bazar
Otto Schemmel
Bocholt, Neustraße 24.

Erfahrene, zuverlässige schreibgewandte
Stenographin und Maschinenschreiberin
gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen unter **C 543** an die Geschäftsstelle.

8—10 000 Mark
gegen Sicherheit gesucht.
Angebote unter **B 55** an die Geschäftsstelle.

Zwei Paar gut erhaltene
Militärstiefel
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein junger
Schäferhund
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein schweres
Schlachtpferd
zu verkaufen. Wo? zu erfragen bei Jos. Heinrichs, Rhede.

Preussenwahl 26. Januar

Wählt

Pastor Meyer, Herford,

Eisenbahnschaffner Ludw. Büttemeier, Recklinghausen

und mit ihnen die Liste der

Deutschen Volkspartei.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichem Ratschlusse gefallen, heute morgen 4 Uhr unsere liebe Schwägerin und Tante, das wohlachtbare

Fräulein

Gertrud Westerhoven

im Alter von 44 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten sanft und gottergeben.

Ihre liebe Seele wird der christlichen Fürbitte und dem Priester am Altare empfohlen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, den 21. Januar 1919.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Freitag morgen ½8 Uhr in der St. Georgskirche, darauf die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche anzusehen.

Für die uns erwiesene, so wohltuende herzliche Teilnahme, besonders für die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus.

Bocholt, im Januar 1919.

Frau Gymnasialdirektor Niesert
Emma, geb. von Bönninghausen
und Kinder.

Für die überaus herzlichen und vielen Beweise inniger Teilnahme, sowie für die reichen Kranzspenden beim Tode unseres teueren, unvergeßlichen Sohnes und innigstgeliebten Bruders

Heinz

sprechen wir hierdurch unsern tiefgefühlten Dank aus.

Familie Emil Lieben.

Wir suchen für den Vertrieb unserer

Textil-Treibriemen

gut eingeführte Vertreter.

Bevorzugt werden Geschäfte, die durch andere Betriebsartikel mit der Textil- und Maschinen-Industrie bereits in ständigem Konnex stehen.

Textil-Aktiengesellschaft Chemnitz,
Abtg. Treibriemen.

Amt Liedern-Werth.

Bekanntmachung.

Auf Kerzenmarke Nr. 3 wird in den nachfolgenden Verkaufsstellen 1 Kerze verabfolgt:

Belting-Herzebocholt für Herzebocholt, Liedern und Werth;

Hüning-Mussum für Mussum und Biemenhorst;

Holsterkamp-Holtwick für Homden, Holtwick, Lowick, Spork und Suderwick;

Renzel-Stenern für Stenern;

Salemink-Barlo für Barlo.

Soweit das Petroleum für Januar (auf Marke 4 ein Viertel Liter) noch nicht abgeholt ist, muß dieses sofort geschehen.

Bocholt, den 22. Januar 1919.

Der Amtmann: Kainck.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister Abt. A Nr. 82 sind heute als Inhaber der Firma **Hermann Tenhagen** in Bocholt die Ehel. Kaufm. Carl Hötger u. Clara geb. Tenhagen zu Bocholt, in der allgemeinen Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches lebend, eingetragen worden.

Bocholt, den 16. Januar 1919.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung findet im Spritzenhause wie folgt statt:

Am Freitag, den 24. Januar 1919,

von Nr.	1—600	nachmittags	2—3 Uhr,
„ „	600—1200	„	3—4 „
„ „	1200—1500	„	4—5 „

Am Samstag, den 25. Januar 1919,

von Nr.	1501—1800	vormittags	9—10 Uhr,
„ „	1800—2100	„	10—11 „
„ „	2100—2400	„	11—12 „
„ „	2400—2700	nachmittags	2—3 „
„ „	2700 und darüber	„	3—4 „

Bocholt, den 22. Januar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Lebensmittel-Versorgung.

Frische Rinderknochen zu 50 Pfg. das Pfd. werden am **Donnerstag morgen von 9 Uhr an bei Frau Wolter, Rebenstr.,** gegen Vorlegung der auf der Vorderseite mit A abgestempelten Lebensmittelkarten verausgabt. Für jeden Haushaltungsangehörigen darf höchstens ½ **Pfund** Knochen verabfolgt werden; **Feld 32** der Lebensmittelkarte ist **abzustempeln.**

In dieser Woche werden
auf die Fleischkarte für Erwachsene 150 Gramm
„ „ „ Kinder 75 „
Fleisch ausgegeben.

Beste Wurst gegen Wurstmarken der 3. und 4. Woche wird **Samstag morgen von 10 Uhr** an an Inhaber der Lebensmittelkarten **A—F** verabfolgt; **Feld 29** der Lebensmittelkarte ist abzustempeln.

Bocholt, den 22. Januar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung

betr. Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Nationalversammlung.

1. Für die am Sonntag, dem 26. Januar stattfindenden Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung sind nach § 7 der Verordnung über die Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung vom 21. Dezember v. Js. die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zu verwenden.

Demnach können **Nacheintragungen** solcher Personen, die bis zum 6. Januar einschließlich hier ansässig waren, aber weder hier noch an einem anderen Orte in die Wählerlisten eingetragen sind, auch für die preußischen Wahlen nicht vorgenommen werden. Nacheintragungen sind nur zulässig für bereits zugezogene oder jetzt zuziehende Personen, welche eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde darüber vorlegen können, daß sie in der Wählerlists ihres bisherigen Wohnortes gelöscht sind. Diese Bescheinigungen müssen bis **spätestens Sonnabend, den 25. Januar, mittags 1 Uhr auf dem Zentralbureau Zimmer Nr. 13,** Verwaltungsgebäude, **Navardistr. 4** vorgelegt werden. Die auf Grund solcher Bescheinigungen für die deutschen Wahlen bereits erfolgten Nacheintragungen in den Wählerlisten bleiben für die preußischen Wahlen bestehen.

2. Gemäß § 2 der Verordnung über die Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 ist für die Ausübung des Wahlrechtes die preußische Staatsangehörigkeit nicht erforderlich. Es können demnach auch die in den Wählerlisten stehenden Angehörigen anderer deutscher Bundesstaaten zur preußischen Landesversammlung wählen. Dagegen sind die Deutsch-Oesterreicher nicht wahlberechtigt.

Bocholt, den 21. Januar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Landkrankenkasse.

Es wird daran erinnert, daß die noch rückständigen Beiträge zur Landkrankenkasse für das Jahr 1918 zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung nunmehr unverzüglich einzuzahlen sind.

Rhede, den 20. Januar 1919.

Sektion Rhede.
J. A.: **Kammann.**

Amt Rhede.

Die Auszahlung der **Arbeitslosen-Unterstützungen** erfolgt bei der Gemeindekasse am **Donnerstag, den 23. Januar d. J.,** vormittags von 9—12 Uhr und zwar für die

Anträge Nr.	1	bis 200	von 9 bis	10 Uhr,
„	201	„ 300	„ 10 „	11 „
„ über 300 und die noch nicht nummer. Anträge			„ 11 „	12 „

Rhede, den 20. Januar 1919.

Die Gemeindekasse Kammann.

Auf zur Preußenwahl!

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr

große öffentliche Volks-Versammlung

im Saale des Schützenhauses.

Tages-Ordnung:

Die Wahl zum Preußischen Nationaltag.

Referenten: Kandidat Gustav Krüger, Bocholt, Gewerkschaftssekr. Jos. Gerbracht, Mülheim-Ruhr.

Arbeiter, Bürger, erscheint in Massen.

Die sozialdemokratische Partei.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Westfalen u. Lippe.

17. Wahlbezirk (Minden-Münster-Lippe):

1. Karl Schreck, Parteisekretär, Bielefeld,
2. Kornelius Lutzenburg, Bergmann, Recklinghausen,
3. August Meyer, Gewerkschaftssekretär, Rheine,
4. Willy Michel, Friseurmeister, Minden,
5. Karl Severing, Redakteur, Bielefeld,
6. Bernhard Ebert, Geschäftsführer, Rinteln,
7. Karoline Dettmer, Ehefrau, Minden,
8. Heinrich Kruse, Geschäftsführer, Bünde,
9. Hugo May, Knappschaftsältester, Selm,
10. Adolf Nottebohm, Schriftsteller, Dortmund,
11. Heinrich Püster, Zigarrenarbeiter, Herford,
12. Karl Hartmann, Kreisausschuß-Assistent, Minden-Barkhausen,
13. Gustav Krüger, Aushilfsfeuermann, Bocholt,
14. Theodor Mooge, Tischlermeister, Münster,
15. Auguste Walter, Textilarbeiterin, Bielefeld,
16. Heinrich Scholle, Lagerhalter, Lübbecke,
17. Josef Parks, Eisenbahntischler, Paderborn,
18. Franz Hermann, Lagerhalter, Rheda.

Einbruchdiebstahl-Versicherung.

C. Pontenagel,
Friedenstr. 18. Agenturen.

Freitag Fleisch-Verkauf 601 bis 700.
Wilhelm Löwe,
Navardistr.

Musik-Unterricht:

Klavier, Harmonium,
sowie sämtl. Blas- und Streich-Instrumente.

A. Schumann, Neustraße 3.

3000 Mark Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir den Täter ausfindig macht und ich den gestohlenen Betrag vom 4 Jan. zurückerhalte. Auch zahle ich angemessene Belohnung demjenigen, der mir die Person namhaft macht, der an dem betr. Abend meine Frau aus dem Hause gerufen hat.

Hermann Hüning, Mussum.

Ein Ausziehtisch und kl. Glasschrank zu verkaufen.
Navardistraße 8.

Ein massiver
Federwagen,
besond. geeignet als Milch-, Gemüse- oder Mehlwagen, sofort zu verkaufen.
Julius Terörde,
Dingden, Kirchplatz 7

Ein gut erhaltenes
Damenfahrrad
mit Bereifung
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Kl. Wohnungen zu vermieten.
Dingdener Chaussee 11 und Biemenhorster Weg 4.

Herzenswunsch!

Jg. Herr, hübsche, stattl. Erscheing., Mitte 20er, a. bess. Familie, soeben a. d. Felde zurückgek. (Off.-Asp.), in gesich. Lebensstellg., wünscht, da es ihm an pass. Damengesellsch. fehlt, die Bekanntschaft einer gebild., symp. Dame. Vermögen nicht unbedingt erford. Verschw. Ehrensache. Angeb. m. Bild unter **B 54** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Landwirt, Mitte der 30er Jahr., eigene Besitz., wünscht, da es ihm an Bekanntsch. fehlt, mit kath., jungem Mädchen zwecks

Heirat

in Verbindung zu treten. Strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Offerten, möglichst mit Bild unter **B 55** an die Geschäftsstelle

---

Cremefarbe
für Gardinen
empfiehlt
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22, Fernruf 113.

Zu verkaufen:

Eine gut erhaltene Nähmaschine (Singer) nebst Vertikow, Tisch und Stühle

Näheres
Heinrich Backmann,
Dingperloer Chaussee 198.

Umzugshalber zu verkaufen:

1 Vertikow mit Schubladen
1 Küchentisch, 1 Mangel,
1 kleiner Glasschrank usw.

Näheres Geschäftsstelle.

Habe ein
Jagdgewehr
(Zentralfeuerlauf) u. einen
Revolver,
weil überzähl. zu verkauf.
Näheres Geschäftsstelle.

Zement

ist wieder angekommen.
Aug. Hülskamp.

Eine schwere, belg. tragende

Stute

(7 Jahre alt) zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Eine hochtragende, 5jährige, fehlerfreie



Stute

hat zu verkaufen
Joh. Katemann,
Wertherbruch 82.

Gut erhaltene
Mistbeetfenster,
Schrot- und Knochenmühle
zu kaufen gesucht.
Angebote unter **B 340** an die Geschäftst. d. Ztg.

Dünger

gegen Stroh abzugeben.
Benning, Rhede,
Fuhrunternehmer.